

Protokoll der Sitzung des LJHA vom 3. Mai 2018

Zeit: 14:30 Uhr – 15:45 Uhr

Ort: Domkapitelsaal

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 08.05.2018

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Zu TOP Verschiedenes werden Nachfragen zur KOAG Fachkräfte sowie zum Zukunftsprozess (Zukunftskommission Bremen) angemeldet.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.02.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

Auf Nachfrage wird seitens der Geschäftsführung für LJHA und JHA bestätigt, dass auch künftig Ankündigungen einzelner Mitglieder über ihr Abstimmungsverhalten protokolliert werden.

TOP 4: Änderung der Landesrichtlinie zur Ausstellung der Jugendleiter|in-Card (Juleica)

Herr Lenhart führt in die Vorlage ein.

Herr Goldschmidt lobt die Beteiligung der Träger und Verbände, übermittelt die Zustimmung der AG 78 und teilt mit, dass der Jugendring ergänzende Qualitätsstandards erarbeite, die den Charakter einer Selbstverpflichtung haben sollen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Lenhart Änderungen in Angebotsstruktur und Durchführung von Erste Hilfe Kursen.

Herr Oppermann teilt mit, das Amt für Jugend, Familie und Frauen sei beteiligt und seine Änderungswünsche berücksichtigt worden. Er äußert den Wunsch nach frühzeitigerer Beteiligung.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Goldschmidt, Herr Lenhart, Herr Oppermann

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt den geänderten Richtlinien für die Ausstellung der Juleica im Lande Bremen zu. Zudem begrüßt er das vorgelegte Ergebnis.

Gegenstimmen. 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen

Seitens der Jugendverbände und der AG 78 wird vorgeschlagen, die Behandlung dieses Themas auszusetzen und auf die Sitzung am 9. August 2018 zu verschieben. Auf Nachfrage teilt Herr Lenhart mit, dass so lange die neuen Richtlinien nicht beschlossen seien die bisherigen Fördersätze zu gelten hätten. Das hier vorgelegte Ergebnis sei im bisherigen Arbeits- und Abstimmungsprozess geeint worden und die nunmehr vorgetragenen Änderungsvorschläge seien der Verwaltung bis zum heutigen Sitzungstag nicht bekannt gewesen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Goldschmidt, Herr Lenhart

Beschluss:

Aussetzung und Befassung des LJHA in der Sitzung am 9. August 2018.

Gegenstimmen. 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Erforderliche Aktualisierung der Handreichung zu den Qualitätsstandards umF in Bremen – Erstkontakt und Unterbringung

Herr Casper führt in die Vorlage ein und begründet den Änderungsbedarf der Handreichung auf Grund zwischenzeitlich eingetretener erheblicher Gesetzesänderungen, daraus resultierender Änderungen von Aufgaben und Verfahren, veränderter Betriebserlaubnisse und Leistungsvereinbarungen mit freien Trägern sowie im Zeitraum seit der Erstellung dieser zusammenfassenden Arbeitshilfe vorgenommener Erhöhungen von Qualitätsstandards. Die Verwaltung wünsche daher die Außerkraftsetzung und werde im Verlauf des Jahres 2019 eine neue, digitalisierte und daher besser zu pflegende Handreichung für die in diesem Arbeitsbereich tätigen Fachkräfte vorlegen.

Von den Vertreter*innen der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) werden Bedenken geäußert, durch das Außerkraftsetzen der Handreichung würden Verfahren außer Kraft gesetzt, es bestünde die Gefahr der Absenkung von Qualitätsstandards und es könnten gar rechtsfreie Räume entstehen, wenn nicht mit dem Außerkraftsetzen der alten Handreichung gleichzeitig eine neue Version vorgelegt und beschlossen werde. Ferner wird gefordert, an der Erarbeitung einer neuen Handreichung alle in dem Arbeitsfeld tätigen Akteure zu beteiligen.

Herr Schmidt teilt für die freien Träger der Jugendhilfe mit, bezüglich der Notwendigkeit der Außerkraftsetzung der Handreichung und des Verfahrens der Erstellung einer neuen, digitalen Version habe in der AG 78 Konsens geherrscht und fragt nach, ob es möglich sei, bis zum 01.04.2019 die neue Version vorzulegen.

Herr Casper unterstreicht die Notwendigkeit der Außerkraftsetzung und Überarbeitung, da sich zum Beispiel Gerichte auf diese Handreichung bezögen, die in großen Teilen nicht mehr dem geltenden Recht entspreche. Bezüglich der Sorge um die Qualitätsstandards empfiehlt er, für die Zwischenzeit die Handlungsempfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) zu Mindeststandards für Bremen zu erklären, in Bezug auf etliche dort empfohlene Standards gehe Bremen aber über diese hinaus, dieses solle auch nicht geändert werden.

Herr Möller erläutert, dass die Handreichung als eine Zusammenfassung von rechtlichen Regelungen, Verfahrensbeschreibungen, Vereinbarungen und Qualitätsstandards, die alle an anderen Stellen verbindlich geregelt wären anzusehen sei. Demzufolge sei keine Aufweichung von Regeln zu befürchten. Es könne aber zu Rechts- und Handlungsunsicherheit für die in diesem Arbeitsbereich tätigen Mitarbeiter*innen von öffentlichem und freien Trägern der Jugendhilfe führen, wenn eine Handreichung aufrecht erhalten werde, die nicht mehr der Gesetzeslage und übrigen Realitäten entspreche.

Die Sitzung wird unterbrochen, um einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Es wird schließlich folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

Der LJHA stellt fest, dass die im September 2013 veröffentlichte Handreichung „Qualitätsstandards – Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen – Erstkontakt und Unterbringung“ mittlerweile durch rechtliche und tatsächliche Veränderungen überholt ist und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, bis zum 31.03.2019 unter Einbeziehung der öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern sowie zivilgesellschaftlicher Akteure ein digitales Handbuch zu erstellen, das die Handreichung ersetzt.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Herr Dr. Güldner, Frau Ahrens, Herr Casper, Herr Schmitt, Herr Diener, Herr Leidreiter, Herr Möller, Herr Acar, Herr Barde

Beschluss:

Der LJHA stellt fest, dass die im September 2013 veröffentlichte Handreichung „Qualitätsstandards – Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen – Erstkontakt und Unterbringung“ mittlerweile durch rechtliche und tatsächliche Veränderungen überholt ist und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, bis zum 31.03.2019 unter Einbeziehung der öffentlichen und freien Jugendhilfeträgern sowie zivilgesellschaftlicher Akteure ein digitales Handbuch zu erstellen, das die Handreichung ersetzt.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/Übergangspflege ab 01.07.2018

Frau Dewenter bedauert, dass die Landesrichtlinie zur Regelung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/ Übergangspflege als Tischvorlage präsentiert werde, bittet aber den Landesjugendhilfeausschuss die Vorlage zu behandeln, damit die Pflegestellen die entsprechenden Zahlungen rechtzeitig erhalten können. Ferner führt sie kurz in das Thema ein und erläutert, dass diese Vorlage im Wesentlichen wiederkehrend die Gleiche sei und sich das Land Bremen hinsichtlich der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/ Übergangspflege regelmäßig an den entsprechenden Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. orientiere.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 8: Berichte der Verwaltung

keine

TOP 9: Verschiedenes

- Auf Nachfrage Herrn Schmitts zum Sachstand in Bezug auf die Einberufung der Koordinierungsarbeitsgruppe zum Thema Fachkräfte erklärt Herr Jablonski, es müsse noch zu

Verabredungen zwischen den beiden Ressorts über das Format der KOAG kommen und überdies reichten die Kapazitäten des Referats 31 – Ausbildung sozialpädagogischer Fachkräfte nicht aus, um die Federführung für den Gesamtprozess zu übernehmen, von dort könne nur der Bereich der Erzieher*innen übernommen werden. Herr Möller erläutert, die KOAG sei kein Arbeitsgremium im eigentlichen Sinne sondern solle den Gesamtprozess koordinieren und in Arbeitspakete strukturieren. Herr Schmidt verweist für die LAG auf die Dringlichkeit dieses Schwerpunktthemas für den LJHA und daher müsse die KOAG nunmehr schnellstens einberufen werden, um ihre Arbeit zu beginnen. Diese Position wird seitens des BJR unterstützt. Herr Barde teilt mit, eine weitere Klärung mit Herrn Jablonski erzielen zu wollen, die auch eine Übereinkunft der beiden Ressorts beinhalten solle.

- Herr Goldschmidt hält es für erforderlich den Zukunftsprozess (Zukunftskommission Bremen) dem LJHA für den Bereich der die Jugendhilfe betreffenden Angelegenheiten transparent zu machen. Der LJHA stimmt dem zu.

für das Protokoll:

Arnd Möller